

Die Abendschau kann es nicht lassen

In den letzten Tagen wurde viel über das 500-Millionen-Euro-Paket berichtet, das die SPD geschnürt hat, um verschiedene Zielgruppen in der Stadt zu entlasten. Wir haben das in unserem Newsletter vom 18. Oktober zwar eine Verzweiflungstat genannt, sind aber im Wesentlichen mit den geplanten Entlastungen einverstanden.

Dass der Mindestlohn bei Unternehmen, die für die Stadt arbeiten, erhöht werden soll, ist ebenso sinnvoll wie eine Anhebung der Gehälter der im Öffentlichen Dienst Beschäftigten. Es ist auch nichts dagegen zu sagen, die geplanten 150 Euro „Berlin-Zulage“ zu nennen, denn in anderen Großstädten gibt es so etwas Ähnliches. Während der Mauerzeit gab es in West-Berlin für alle Arbeitnehmer eine Berlin-Zulage, um die Menschen in der Stadt zu halten. Bei einem mittleren Einkommen waren das immerhin rund 400 DM monatlich. In drei Schritten hat Helmut Kohl nach der Wiedervereinigung diese Berlin-Zulage abgeschafft. Es ist seitdem nicht gelungen, den Berlinern einen Ausgleich für jene Mehrkosten zu zahlen, die zwangsläufig das Hauptstadtdasein verursacht. Schön wäre es gewesen, nicht erst unter dem Druck von sinkenden Umfragewerten schon früher zur Berlin-Zulage zurückzufinden.

„Ab wann die Zulage bezahlt werden soll, werde noch diskutiert, heißt es in der SPD.“, schreibt Der Tagespiegel. „Finanzsenator Matthias Kollatz (SPD) sagte jedoch, das gelte ab 2021 für die Tarifbeschäftigten und die Beamten des Landes Berlin und der Bezirke. Dieser Festbetrag soll in die Renten- und Pensionsberechnung einfließen. Das betrifft 60.000 Beamte, 60.000 Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst, rund 50.000 Angestellte in den Landesbetrieben sowie etwa 6500 Beschäftigte in den Kita-Eigenbetrieben. Das würde rund 230 bis 250 Millionen Euro kosten.“ Sehen wir einfach mal über das Datum des Wahljahres 2021 hinweg und freuen uns mit der Zielgruppe.

„Damit auch die Angestellten außerhalb des öffentlichen Dienstes sich weiter in Berlin eine Wohnung leisten können, soll der Mindestlohn in einem ersten Schritt im kommenden Jahr auf elf Euro, danach schrittweise auf 12,63 Euro angehoben werden.“, schreibt die Berliner Morgenpost. „Diese Summe ist nach Berechnungen der Gewerkschaften notwendig, damit Menschen, die 45 Jahre lang gearbeitet haben, nicht am Ende trotzdem auf eine Grundsicherung durch das Amt angewiesen sind.“ Kritisch hingegen sehen wir nach wie vor die Entlastung aller Eltern,

deren Kinder einen Hort besuchen oder eine Schülermonatskarte besitzen. Die Gebührenbefreiung der ersten beiden Hort-Jahrgänge wurde schon vor der Bayernwahl beschlossen, ist also keine Reaktion darauf, wohl aber, nun alle Jahrgänge freistellen zu wollen. Vom Grundsatz her ist es richtig, Bildung gebührenfrei von der Kita, über Hort und Schule bis zur Berufsausbildung oder Studium zu gewähren. Dass diejenigen, die es sich nicht leisten können, keine Gebühren zahlen sollen, steht außer Frage. Es leben aber nicht nur arme Leute in Berlin. Gut verdienende Elternpaare könnten sich einen Anteil an den Kita- und Hort-Kosten leisten, ohne einen Antrag auf Aufstockung stellen zu müssen. Aber, OK, lassen wir das. Es ist sozialdemokratisches Lebensgefühl, Bildung insgesamt kostenfrei anzubieten, dann soll es so sein.

In den Medien wurde weitestgehend neutral über das SPD-Finanzpaket berichtet. Der Zusammenhang zwischen sinkenden Umfragewerten und dem Zeitpunkt der Veröffentlichung wurde natürlich nicht unerwähnt gelassen. Auch in der Berliner Abendschau konnte man einen weitestgehend Häme freien Bericht sehen.

„Gerade die angestrebten finanziellen Entlastungen im Bereich Bildung kommen bei den Berlinern auf der Straße überwiegend gut an.“, heißt es in dem Beitrag. „Aber trotzdem bewegt sich endlich mal was bei den Genossen.“ Ehrlicher Weise muss man sagen, dass sich die SPD in Berlin und im Bund kontinuierlich um die Verbesserung der Lebensverhältnisse bemüht. Der Mühlenstein „Hatz IV“ lastet auf ihr, lässt sich aber nicht so leicht abschütteln. Hilfreich wäre es, wenn die Bundes SPD das Berliner Projekt des Solidarischen Grundeinkommens mehr unterstützen würde. Die Mehrheit der Berliner finden das SGE gut.

Nach dem erwähnten Beitrag verfiel die Abendschau wieder in ihr sattsam bekanntes Muster. Anstatt einen Filmbeitrag einfach einmal so stehen und wirken zu lassen, wie ihn der Reporter abgeliefert hat, muss vom Moderator, in diesem Falle Moderatorin, nachgekartet werden. „Wir haben mal auf unserer facebook-Seite nachgefragt, wie glaubwürdig Sie das Investitionsprogramm der SPD finden.“, leitet die Moderatorin das Abkanzeln des SPD-Plans ein. Es folgend drei Negativäußerungen. Auf facebook, so die Moderatorin, „findet sich kaum jemand der glaubt, dass dieses Projekt aufgeht.“ Also: „Ein ziemlich eindeutiges Ergebnis auf den sozialen Netzwerken bei uns.“ Die Methode Abendschau zur Versenkung von SPD-Projekten ist mal wieder ausgelebt worden. So funktioniert öffentlich-rechtlicher Journalismus beim RBB.

Ed Koch